Praxis / Titel Name, Vorname

Straße

PLZ Ort

Tel.-Nr.

E-Mail

Abgeordneter Name

Straße

Ort

Datum

**Bedrohung der Patientenversorgung durch Zahnarzt-MVZ – Bitte um Ihre Mithilfe!**

Sehr geehrter…,

wir Zahnärzte in Sachsen-Anhalt brauchen Ihre Unterstützung. Gravierende Fehlentwicklungen, die die Sicherstellung der zahnmedizinischen Versorgung unserer Patientinnen und Patienten langfristig gefährden, müssen jetzt gestoppt werden!

In Ballungszentren und finanzstarken Regionen der gesamten Bundesrepublik drängen Groß- und Finanzinvestoren in die vertragszahnärztliche Versorgung. Dabei handelt es sich zum Teil um global operierende Private Equity Fonds. Diese Investoren haben keinerlei medizinisch-fachlichen Bezug zur zahnärztlichen Versorgung und nutzen rechtliche Regelungslücken aus, um sich auf breiter Front in den deutschen Dentalmarkt einzukaufen.

Nach dem Erwerb finanzschwacher Krankenhäuser gründen sie über diese Kliniken dann reine Zahnarzt-MVZ (Medizinische Versorgungszentren). Über diesen Umweg haben es beispielsweise Investoren aus den Golfstaaten sowie aus der Kaffeebranche bereits geschafft, in der Zahnmedizin erkannte Profitchancen als Anlagestrategie zu nutzen.

Bei diesen Investments steht nicht mehr der Patient im Mittelpunkt, sondern nur noch die kurzfristige Rendite. Die zahnmedizinische Versorgung droht also zum Spielball von Kapitalinteressen und den ungezügelten Kräften des Marktes zu werden. Die ursprüngliche Zielsetzung des Gesetzgebers, mit Hilfe der MVZ die Versorgung in ländlichen und strukturschwachen Gebieten zu verbessern, wird klar verfehlt. Denn ein Hedgefonds aus Bahrain verfolgt in Deutschland offensichtlich keine Versorgungsziele!

Wir bitten Sie deshalb nachdrücklich: Unterstützen Sie uns und unser Anliegen im Interesse einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Versorgung unserer Patientinnen und Patienten. Der Gesetzgeber muss renditeorientierten Groß- und Finanzinvestoren den Zugang zur zahnmedizinischen Versorgung über MVZ künftig versagen. Wir appellieren an Sie, die Fehlentwicklung durch die MVZ und die damit einhergehende Gefahr für die Versorgung ernst zu nehmen und als Parlamentarier entsprechend verantwortungsbewusst zu handeln. Das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) bietet die Möglichkeit dazu. Bitte nutzen Sie Ihren Einfluss und machen Sie diesen im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum TSVG geltend.

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) hat die hier beschriebene Fehlentwicklung in einer fundierten Marktanalyse aufgezeigt und konkrete Regelungsvorschläge unterbreitet. Diese und weitere Informationen stellen Ihnen die Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt (www.kzv-lsa.de) und die KZBV (www.kzbv.de) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen